

Fritz Schebeck

Österreichs Wirtschaft bleibt auf stabilem Wachstumskurs

Prognose bis 1996

Die vorliegende Prognose für die österreichische Wirtschaft¹⁾ schließt an die Prognose der Weltwirtschaft (Schulmeister, 1992) an und übernimmt deren Ergebnisse als Bestimmungsgründe für die Entwicklung des Exports von Gütern und Dienstleistungen sowie für die Preise in der Außenwirtschaft. Sie unterstellt freilich, daß die österreichische Wirtschaft durch Teilnahme am EWR und einen späteren EG-Beitritt — dessen Zeitpunkt allerdings schwer vorhergesagt werden kann — von der zu erwartenden Dynamik des EG-Binnenmarktes nicht abgekoppelt wird. Dies setzt voraus, daß notwendige Anpassungen fortgesetzt und verstärkt werden, um den Anforderungen eines verschärften Wettbewerbs in einem integrierten europäischen Wirtschaftsraum gewachsen zu sein. Für die politischen Instanzen, die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmer ist dies eine bedeutende Herausforderung.

Österreich wahrt Wachstumsvorsprung gegenüber OECD-Europa

Mit der Erholung der internationalen Wirtschaft wird auch die österreichische Wirtschaft ab 1993 wieder auf einen Wachstumspfad von rund 3% pro Jahr gelangen. Da die robuste Inlandsnachfrage 1992 die Wachstums-

Im Zeitraum 1992 bis 1996 dürfte das reale Brutto-Inlandsprodukt im Durchschnitt um 3% pro Jahr und damit gleich rasch wie in der Periode 1985/1991 wachsen. Die österreichische Außenwirtschaft wird einem verschärften internationalen Wettbewerb ausgesetzt sein. Erwartet wird, daß Exporte sowie Importe real um rund 6% zunehmen und die Leistungsbilanz ausgeglichen ist. Infolge des starken Zustroms ausländischer Arbeitskräfte sind die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren größer geworden. Die Arbeitslosenquote wird ab 1993 etwas sinken, im Durchschnitt der Prognoseperiode dürfte sie 5,7% betragen (1985/1991 5,4%). Auch die Inflationsrate wird sich von 3,7% (1992) voraussichtlich auf knapp unter 3% (1996) verringern.

verlangsamung im Vergleich zum Ausland mildern wird, dürfte das reale Brutto-Inlandsprodukt im Prognosezeitraum um durchschnittlich 3% pro Jahr zunehmen — gleich viel wie in der Periode 1985/1991. Damit könnte Österreich gegenüber OECD-Europa (und auch gegenüber Westdeutschland) einen Wachstumsvorsprung von etwa ½ Prozentpunkt erzielen. Begründen läßt sich dieser Vorsprung u. a. dadurch, daß einige EG-Länder eine restriktive Politik werden einschlagen müssen, um die Kriterien zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen. Zwischen

1985 und 1991 wuchs die Produktion der Gesamtwirtschaft in Österreich im Durchschnitt um ½ Prozentpunkt pro Jahr rascher als in OECD-Europa und etwa gleich stark wie in Westdeutschland.

Für die weiteren wirtschaftspolitischen Zielgrößen kommt die Prognose zu folgenden Ergebnissen: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird im Durchschnitt langsamer wachsen (+1,2% pro Jahr) als zwischen 1985 und 1991 (+1,4%), die Arbeitslosenquote erhöht sich auf 5,7% (nach 5,4%). Die Inflationsrate, die im Durchschnitt der vorhergehenden Sechsjahresperiode 2,3% betrug (vor allem infolge des Erdölpreisverfalls 1986), wird etwas über 3% liegen. In der funktionalen Einkommensverteilung (gemessen an der Lohnquote) dürfte keine nennenswerte Veränderung eintreten, die bereinigte Lohnquote wird jedoch weiter sinken. Die Leistungsbilanz wird im Durchschnitt der Prognoseperiode annähernd ausgeglichen sein und das Net Lending des Staates wird voraussichtlich deutlich zurückgehen. Allerdings berücksichtigt die Prognose weder in der Leistungsbilanz noch im Staatsdefizit (Net Lending) Beiträge, die im Falle eines EG-Beitritts an die EG-Kassen zu leisten wären. Nach vorläufigen Schätzungen würden diese Transfers zwischen 10 und 15 Mrd. S pro Jahr ausmachen. Eine Teilnahme am EWR

¹⁾ Die Prognose wurde mit Hilfe des WIFO-Makromodells erstellt. Dieses keynesianische ökonomische Jahresmodell ist vollständig in den Rahmen der Volkseinkommensrechnung eingebettet. Es ist im Anhang zu Breuss — Neck — Schebeck (1991) abgedruckt. Die für die Prognose verwendete Modellversion enthält wohl den öffentlichen Sektor (Staat laut VGR) in disaggregierter Form, nicht aber explizit den Bund. Die Schätzperiode der Verhaltensgleichungen reicht bis 1990; für 1991 wurden die Ergebnisse der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 1991 übernommen. Aufgrund der jüngsten Beurteilung der internationalen Entwicklung sind die Erwartungen für die österreichische Wirtschaft im Jahre 1992 im Rahmen dieser mittelfristigen Prognose etwas pessimistischer als in der Dezember-Prognose.

würde direkte Aufwendungen von etwa 1 Mrd S pro Jahr erfordern. Unberücksichtigt bleiben auch Verpflichtungen, die aus der Übernahme uneinbringlicher Ostschulden erwachsen.

Angesichts der noch immer herrschenden Unsicherheit über Beginn und Stärke der seit mehr als einem Jahr erwarteten internationalen Konjunkturbelebung wurden im Rahmen der Weltwirtschaftsprognose (Schulmeister, 1992) auch die Konsequenzen einer möglichen internationalen Rezession für den mittelfristigen Wachstumspfad der Weltwirtschaft diskutiert. Die kleine offene Wirtschaft Österreichs könnte sich naturgemäß einer solchen Entwicklung nicht entziehen. Das Prognoseszenario müßte dann erheblich pessimistischer ausfallen. Abgesehen davon wäre mit großer Wahrscheinlichkeit gegen Ende der Prognoseperiode auch eine ungünstigere Entwicklung zu erwarten, wenn Österreich Außenseiter des europäischen Integrationsprozesses bliebe.

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und öffentlicher Sektor

Die monetäre Politik wird an der bisher verfolgten Linie (insbesondere an der Hartwährungspolitik) festhalten. Dadurch bleibt die Zinsentwicklung

ziemlich eng an jene in Deutschland gekoppelt. Im Laufe des Jahres 1992 und auch 1993 dürften die Zinssätze sinken, danach im Zuge zunehmenden Wachstums vermutlich wieder etwas steigen.

Die legislatorische Anpassung an die EG-Richtlinien wird nach dem Börsegesetz und dem Kapitalmarktgesetz mit dem Bankwesen-, dem Versicherungsaufsichts- und dem Pensionskassengesetz fortgesetzt werden.

Die Oesterreichische Nationalbank hat gegen Ende des vergangenen Jahres die letzten Schritte zur Liberalisierung des Devisen- und Kapitalverkehrs gesetzt. Österreich ist auf dem Gebiet der Währungs- und Finanzmarktpolitik auf einen EG-Beitritt gut vorbereitet. Darüber hinaus würde es schon heute – neben den EG-Mitgliedern Frankreich, Dänemark und Luxemburg – die in Maastricht vorgegebenen Kriterien für eine Aufnahme in die Wirtschafts- und Währungsunion der EG erfüllen.

Die Prognose unterstellt, daß die Budgetpolitik des Bundes bis 1994 im Sinne des Arbeitsübereinkommens der Regierungsparteien auf Konsolidierungskurs bleibt und auch danach keine signifikante Lockerung eintritt. Die für die Prognose verwendete Modellversion enthält die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenpositionen sowie die Netto-Schuldenaufnahme

(Net Lending) nur für den Staat insgesamt laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, nicht aber die entsprechenden Positionen für den Bund getrennt. Die wirtschaftspolitisch steuerbaren Ausgaben wurden dem Konsolidierungsziel entsprechend festgelegt. Nicht berücksichtigt sind geplante oder in Diskussion stehende gesetzliche Regelungen, die voraussichtlich noch im Prognosezeitraum realisiert werden dürften. Dies sind u. a. die für 1994 vorgesehene Anpassung des Einkommen- und Lohnsteuertarifs, die Pensionsreform und die Bundesbahnreform. Außer Ansatz bleiben auch Zahlungsverpflichtungen Österreichs und die Notwendigkeit einer Harmonisierung der indirekten Steuern im Falle eines EG-Beitritts, ferner Haftungsfälle für Ostschulden. Die Effekte all dieser Maßnahmen und Verpflichtungen können erst konkret bewertet werden, wenn Details über die entsprechenden Regelungen vorliegen.

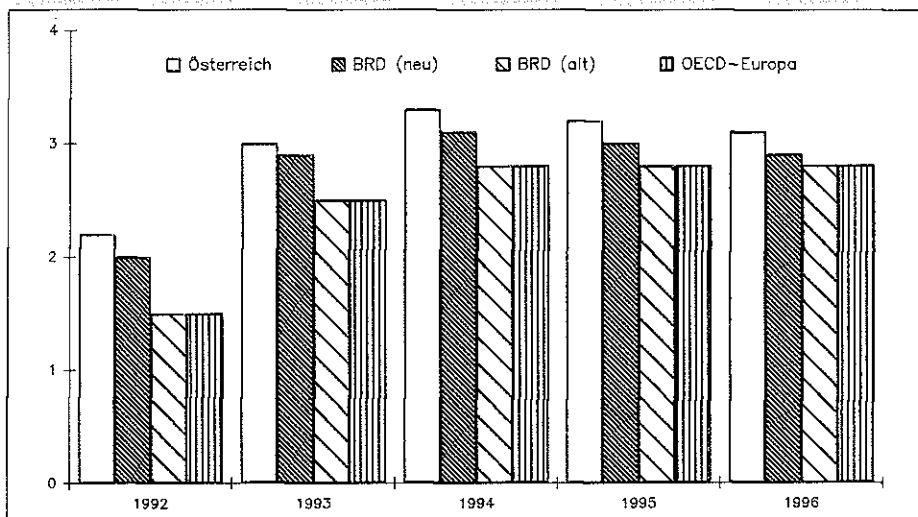
Für wichtige modellexogene Ausgaben wurden folgende Annahmen getroffen: Die Investitionen des Staates werden im Durchschnitt der Prognoseperiode nominell um 4½% pro Jahr wachsen, etwa gleich stark wie zwischen 1985 und 1991. Dabei wird erwartet, daß von der öffentlichen Hand benötigte Bauten in zunehmendem Maß von privaten Bauträgern erstellt und an die öffentliche Hand vermietet werden. Dies hat zur Folge, daß im laufenden Sachaufwand des Staates ein höherer Betrag für Mieten zu veranschlagen ist. Für den zum öffentlichen Konsum zählenden nominellen Sachaufwand wird für die nächsten fünf Jahre eine Zuwachsrate von nahezu 7% angenommen (1985/1991 + 5½%). Die Subventionen dürften um etwa 5% pro Jahr expandieren. Die Entwicklung der meisten übrigen Einnahmen und Ausgaben des Staates ist im Rahmen des Modells, bei gegebenen gesetzlichen Bestimmungen, vom Wachstum der Nachfrage und der Einkommen abhängig.

Nach der vorliegenden Prognoserechnung würde sich unter Berücksichtigung weiter steigenden Zinsaufwands für die Staatsschuld (dieser dürfte bis 1996 rund 110 Mrd S erreichen) die Netto-Schuldenaufnahme des Staates (Net Lending) deutlich verringern. Die Auswirkungen der

Mittelfristige Wachstumsaussichten

Veränderung gegen das Vorjahr in %

Abbildung 1



Das reale Brutto-Inlandsprodukt wird in den Jahren bis 1996 in Österreich rascher wachsen als in OECD-Europa. Dieser Wachstumsvorsprung läßt sich u. a. dadurch begründen, daß einige EG-Länder eine restriktive Politik werden betreiben müssen, um die Kriterien zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen.

oben erwähnten noch nicht konkret beschlossenen Maßnahmen würden allerdings den Defizitabbau bremsen.

Die Außenwirtschaft in einer veränderten internationalen Arbeitsteilung

Der Integrationsprozeß in Westeuropa, aber auch die Wirtschaftsliberalisierung in Osteuropa verändert die internationale Arbeitsteilung. Davon ist nicht nur der schon bisher exponierte Sektor der österreichischen Wirtschaft betroffen. Auch derzeit noch geschützte Bereiche werden stärker dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sein. Die Wettbewerbspolitik und die Gestaltung des Förderungswesens werden mit der Teilnahme am EWR und angesichts des angestrebten EG-Beitritts an die EG-Richtlinien anzugleichen sein. Fortschritte der marktwirtschaftlichen Reformen in Osteuropa werden in hohem Maße auch von der Bereitschaft der westlichen Länder abhängen, ihre Märkte für Produkte aus Osteuropa zu öffnen.

Um dem Wettbewerb auf den Auslandsmärkten und der zunehmenden Importkonkurrenz auf dem Inlandsmarkt gewachsen zu sein, werden die österreichischen Unternehmen ihre Bemühungen um Strukturverbesserungen verstärken und beschleunigen müssen. Tendenziell ist eine Entwicklung zu Produktionszweigen mit höheren Qualifikationserfordernissen, höherer Wertschöpfung und höherer Produktivität zu erwarten. Möglicherweise werden lohnintensive Produktionsprozesse, die weniger qualifizierte Arbeitskräfte erfordern, ins östliche Ausland verlagert. Neben der Wahrung der preisbestimmten Konkurrenzposition und der Verbesserung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit werden auch effiziente Marktstrategien einzusetzen sein.

Österreichs Warenausfuhr ist in sehr hohem Maße auf die europäischen OECD-Länder konzentriert (1991 gingen 75,6% der Exporte in diesen Raum). In jüngster Zeit haben sich die Exporte nach Ungarn und in die ČSFR wohl günstig entwickelt, ihr Anteil am Gesamtexport ist aber noch gering. Es dürfte noch einige Jahre dauern, bis der Export in die Reformländer Osteuropas einen größeren Stellen-

Leistungsbilanz

Übersicht 1

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1991	Ø 1991/1996
	Jährliche Veränderung in %			
Warenexporte ¹⁾				
Real	+ 8,8	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,2
Nominell	+12,5	+ 9,4	+ 5,3	+ 8,9
Deviseneingänge Reiseverkehr				
Real	+ 0,9	+ 0,3	+ 5,1	+ 5,0
Nominell	+ 8,2	+ 5,6	+ 7,9	+ 8,7
Warenimporte ¹⁾				
Real	+ 5,4	+ 3,4	+ 6,5	+ 5,9
Nominell	+11,8	+ 8,1	+ 5,6	+ 8,8
Devisenausgänge Reiseverkehr				
Real	+ 9,1	+ 1,4	+ 5,2	+ 4,2
Nominell	+14,8	+ 6,0	+ 7,6	+ 8,7
Handelsbilanz ¹⁾				
Mrd. \$	-52,3	-77,3	-82,6	-152,0
In % des BIP	- 6,9	- 6,6	- 5,0	- 6,5
Leistungsbilanz				
Mrd. \$	-11,1	- 6,3	+ 1,0	- 0,4
In % des BIP	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,0

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

wert einnimmt. Der prognostizierte Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber OECD-Europa wird das Defizit der Handelsbilanz im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt erhöhen. Eine Ausweitung der österreichischen Exporte und eine Diversifikation der Zielregionen hin zu Ländern mit überdurchschnittlich hohem Wachstum der Inlandsnachfrage und einem großen Marktpotential²⁾ könnten die Handelsbilanz entlasten. Dafür böte sich vor allem eine Reihe von Staaten im asiatischen Raum an (siehe dazu *Url*, 1991).

Die Prognose unterstellt, daß es den österreichischen Unternehmen weitgehend gelingen wird, sich den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs erfolgreich zu stellen.

Das Volumen der *Warenexporte* wird im Durchschnitt um 6,2% pro Jahr steigen. Gemessen an den Importen der Industrieländer impliziert diese Prognose leichte Marktanteilsgewinne. Nach einem schwächeren Ergebnis 1992 dürften danach wieder Zuwachsraten von rund 7% erreichbar sein. Die *Importe* werden mit etwa +6% ein wenig langsamer zunehmen.

Der *Tourismus* bleibt ein wichtiges Wachstumssegment der österreichischen Wirtschaft. Begünstigt durch gute Umweltbedingungen, einen abnehmenden Trend zu Reisen in den Mittelmeerraum, die Liberalisierung in Osteuropa sowie die Entwicklung im Städte- und Kulturtourismus steigt Österreichs Marktanteil am Gesamt-

export von 18 Ländern. Real wachsen die Einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr voraussichtlich um 5% pro Jahr (siehe dazu auch *Smeral*, 1992).

Die Reiseverkehrsausgaben im Ausland werden sich (zu konstanten Preisen) mit einer Zuwachsrate von über 4% pro Jahr dynamischer entwickeln als der private Konsum insgesamt.

Der *Preisanstieg im Außenhandel* wird im Laufe der Prognoseperiode auch infolge der Preisdämpfung, die vom EG-Binnenmarkt ausgehen soll, abflachen. Die Terms of Trade im Warenhandel dürften sich nur geringfügig verschlechtern, im Waren- und Dienstleistungsverkehr insgesamt jedoch im Durchschnitt unverändert bleiben.

Die Defizitquote der Handelsbilanz (Handelsbilanzdefizit in Prozent des BIP) wird wie im Zeitraum 1979/1985 6½% erreichen; zwischen 1985 und 1991 betrug sie nur 5%, weil Terms-of-Trade-Gewinne und Sondereffekte aus der deutschen Wiedervereinigung die Auswirkungen einer positiven Wachstumsdifferenz gegenüber OECD-Europa mehr als wettmachten. Die Überschüsse aus der Dienstleistungs- und Transferbilanz dürften gleich hoch wie das Handelsbilanzdefizit ausfallen, sodaß die *Leistungsbilanz* im Durchschnitt des Prognosezeitraums annähernd ausgeglichen schließen wird. (Gemäß der Prognose halten auch die realen Export- und Importströme von Gütern und Dienstleistungen einander die Waage.) Im

Falle eines EG-Beitritts würde sich allerdings die Leistungsbilanz etwa im Ausmaß der Nettotransfers an die EG-Kassen passivieren

Stabiles Konsumwachstum – günstige Entwicklung der Bauwirtschaft

Die inländische Endnachfrage wird in den kommenden fünf Jahren real gleich rasch wachsen wie das Brutto-Inlandsprodukt. Die *Konsumausgaben der privaten Haushalte* werden auch im Prognosezeitraum real mit ziemlich stabiler Rate von etwa 3% jährlich zunehmen; das entspricht im Durchschnitt der Erhöhung der verfügbaren Realeinkommen. Nach einem Rückgang auf rund 12½% in den Jahren 1992 und 1993 dürfte die *Sparquote* in den folgenden Jahren wieder auf etwa 13% steigen. Ein Blick auf die Sektorverteilung des gesamtwirtschaftlichen Sparens (dieses entspricht bei ausgeglichener Leistungsbilanz der Nettovermögensbildung einer Volkswirtschaft) zeigt, daß über den Prognosezeitraum der Anteil des Staates steigt, während der Anteil sowohl der privaten Haushalte als auch der Unternehmen zurückgeht.

Mit der Wiederbelebung der Auslandsnachfrage werden auch die *Ausrüstungsinvestitionen* an Dynamik gewinnen. Investitionen zur Strukturverbesserung, Rationalisierung und Modernisierung werden die kapazitätserweiternden Investitionen überwiegen.

Die Perspektiven für die *Bauwirtschaft* sind günstig. Zwar werden die in den letzten Jahren erreichten Zuwachsraten nicht zu halten sein, doch ist zu erwarten, daß die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum real um rund 3½% pro Jahr zunehmen. Der Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, die Familiengründung der geburtenstarken Jahrgänge der späten sechziger Jahre und die Zunahme der „Single-Haushalte“ erzeugen einen Nachfrageüberhang, der bis zum Jahre 2000 nur abgebaut werden könnte, wenn sich der Wert des Wohnungsbestands real um 4% pro Jahr erhöhte. Dies würde einen realen Anstieg der Neubauinvestitionen um rund 3½% pro Jahr erfordern (Czerny et al., 1992). Weitere Impulse für die Bau-

Komponenten der realen Nachfrage

Übersicht 2

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1991	Ø 1991/1996
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+3,2	+1,7	+2,9	+2,9
Öffentlicher Konsum	+3,9	+1,9	+1,2	+2,3
Brutto-Anlageinvestitionen	+1,1	-0,1	+4,9	+3,8
„Privater“ Sektor	+1,0	+0,2	+5,5	+4,2
Inländische Endnachfrage	+2,8	+1,3	+3,1	+3,0
Lagerveränderung und Statistische Differenz	Mrd S 7,5	9,1	18,2	24,5
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+2,7	+1,3	+3,2	+3,0
Exporte i w S	+7,0	+4,8	+5,8	+5,8
Importe i w S	+6,0	+3,9	+6,3	+5,7
Brutto-Inlandsprodukt	+2,9	+1,6	+3,0	+3,0
Nominell	+9,1	+6,6	+6,0	+6,6

wirtschaft sind von größeren Infrastrukturprojekten (Verkehrswesen, Stautiefe Wien, Umweltverbesserung) zu erwarten. Die Investitionen der öffentlichen Hand werden – sieht man vom Bau des Verwaltungszentrums in St. Pölten ab – infolge der knappen Budgetmittel eher beschränkt sein.

Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt

Der starke Zustrom ausländischer Arbeitskräfte Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre hat die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt deutlich verändert. Einerseits ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Verhältnis zum BIP, begünstigt durch billig zur Verfügung stehende Arbeitskräfte, rascher als in der Vergangenheit gestiegen; dadurch wurde der Produktivitätszuwachs erheblich gedämpft. Andererseits hat gleichzeitig die Arbeitslosigkeit

deutlich zugenommen (zur Analyse des Arbeitsmarktes siehe Butschek – Geldner, 1991).

Da die Ausländerkontingente ausgeschöpft sind, wird die weitere Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte begrenzt sein. Die Zuwachsraten des Angebotes an unselbständig Beschäftigten wird daher im Prognosezeitraum auf etwa 1% pro Jahr zurückgehen (1989 betrug sie 1,4%, 1990 und 1991 2,8%, für 1992 sind 1,7% prognostiziert). Auch die Arbeitsproduktivität wird wieder in früher üblichem Ausmaß steigen.

Im Zeitraum 1991/1996 wird mit einer jährlichen Zunahme der Zahl *unselbständig Beschäftigter* um 1,2% gerechnet. Die *Arbeitslosenquote* wird im Durchschnitt auf 5,7% steigen (1985/1991 5,4%). Nach einem Spitzenwert im Jahre 1992 von gut 6% dürfte sie jedoch bis 1996 allmählich gegen 5½% tendieren. Voraussichtlich wird die Arbeitslosigkeit weiterhin re-

Arbeitsmarkt, Einkommen

Übersicht 3

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1991	Ø 1991/1996
	Jährliche Veränderung in %			
Unselbständig Beschäftigte	+ 1,1	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,2
„Privater“ Sektor	+ 0,5	- 0,6	+ 1,1	+ 0,9
Arbeitslose	+10,4	+16,2	+ 4,8	- 0,1
Arbeitslosenquote	in % 1,9	3,6	5,4	5,7
Arbeitsproduktivität ¹⁾	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7
„Privater“ Sektor	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme	+11,0	+ 6,0	+ 6,1	+ 6,5
Unternehmereinkommen und unverteilte Gewinne	+ 7,9	+ 7,8	+ 7,2	+ 8,0
Lohnsumme je Beschäftigten				
Öffentlicher Sektor	+ 8,6	+ 5,2	+ 3,1	+ 4,8
„Privater“ Sektor	+10,1	+ 6,3	+ 5,1	+ 5,6
Lohnstückkosten im „privaten“ Sektor	+ 7,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+10,5	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,2
Sparquote	in % 10,0	8,9	12,3	12,8

¹⁾ Produktion je unselbständig Beschäftigten

Deflatoren

Übersicht 4

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1991	Ø 1991/1996
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+6,4	+5,4	+2,3	+3,2
Öffentlicher Konsum	+8,3	+5,4	+4,0	+4,2
Brutto-Anlageinvestitionen	+5,7	+4,7	+2,9	+3,7
Exporte i. w. S.	+4,7	+4,0	+0,5	+2,8
Waren ¹⁾ . . .	+3,4	+3,3	-0,4	+2,6
Reiseverkehr	+7,2	+5,3	+2,7	+3,5
Importe i. w. S.	+6,1	+4,7	-0,2	+2,8
Waren ¹⁾ . . .	+6,1	+4,5	-0,8	+2,7
Reiseverkehr	+5,1	+4,5	+2,3	+4,3
Brutto-Inlandsprodukt	+6,1	+4,9	+2,9	+3,5
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	-1,3	-0,6	+0,7	+0,0
Warenverkehr ¹⁾	-2,6	-1,2	+0,4	-0,1

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

gional stark streuen und auch ältere Arbeitnehmer in hohem Maß betreffen. Dies wird die Arbeitsmarktverwaltung vor schwierige Aufgaben stellen.

Die offizielle Beschäftigtenstatistik ist gegenwärtig durch eine erhebliche Zunahme der Zahl der Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen verzerrt. Durch eine ab Mitte 1991 wirksame Novelle zum Arbeitslosenversicherungs-gesetz wurde der Anspruch auf Karenzurlaubsgeld von einem auf zwei Jahre erweitert. Ohne Berücksichtigung der Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen würde die Beschäftigung um nur 1% pro Jahr steigen, die Arbeitslosen-

quote im Durchschnitt aber 5,9% betragen.

Mäßige Lohn- und Preisentwicklung

Die Prognose nimmt an, daß sich die *Reallohnentwicklung* mittelfristig am Produktivitätswachstum orientiert, aber vom Angebotsüberhang etwas dämpfende Effekte ausgehen. Die Reallöhne dürften also nicht ganz so rasch steigen wie die um Terms-of-Trade-Effekte korrigierte Arbeitsproduktivität. Dadurch wird die bereinigte Lohnquote weiter etwas abnehmen; Sie ist bereits in den achtziger Jahren gesunken und nur 1991 vorüberge-

hend gestiegen. In der personellen Einkommensverteilung könnte sich der Abstand der Entlohnung zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften vergrößern.

Mit nachlassendem Preisauftrieb im Ausland und verstärktem Wettbewerb im Inland wird auch die *Inflationsrate* zurückgehen. Sie könnte von 3,7% im Jahre 1992 bis 1996 unter die 3%-Marke sinken.

Literaturhinweise

- Breuss F, Neck R, Schebeck F: „Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen in einem keynesianischen ökonomischen Modell der österreichischen Wirtschaft: Eine Simulationsanalyse“ Ludwig-Boltzman-Institut für ökonomische Analysen wirtschaftspolitischer Aktivitäten. Forschungsbericht, 1991 (9118).
- Butschek F, Geldner N: Kurzfristige Arbeitsmarktvorschau 1992. Revidierte Fassung. Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Wien 1991.
- Czerny M (Koordination), Hahn F, Kodym A, Wüger M: Gesamtnachfrage und Erneuerungspotential der Wohnungswirtschaft bis 2000. WIFO-Studie, gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten (Wohnbauforschung). Wien 1992.
- Schulmeister St: „Unsicherheit über die internationale Wirtschaftsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 1996“ in diesem Heft.
- Smeral E: „Long-Term Forecasts for Tourism Industries: The Case of Austria and Switzerland“ The Service Industries Journal 1992 12(1).
- Uri Th: „Schwerpunktländer im österreichischen Export“, in Bayer K, Stankovsky J, Uri Th: „Soft-loans, Studie des WIFO im Auftrag der Österreichischen Kontrollbank. Wien 1991.